



DIE LINKE. PIRATEN

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

RATS Kompass

AUSGABE #1|2017

Gegen die Vermüllung der Umwelt: Die Landeshauptstadt führt auf Vorschlag der Gruppe LINKE & PIRATEN Mehrweggetränkebecher ein...

⋮ Seite 3

Seit 1. August sind die Kindertagsstättengebühren um bis zu 25 Prozent gestiegen: Eine alleinstehende Sekretärin muss genau so viel bezahlen wie ein doppelt verdienendes Lehrerehepaar...

⋮ Seite 5

Obwohl der Stadtteil als sozialer Brennpunkt gilt, hat das Ampelbündnis im Rat die Sanierung der maroden Grundschule in Mühlenberg und die Erweiterung zur Ganztagschule auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben...

⋮ Seite 7

Streit um Fössebad spitzt sich zu: Bezirksrat und die Gruppe LINKE & PIRATEN bestehen auf Neubau des Freibades...

⋮ Seite 8

Editorial



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Sie halten die erste Ausgabe des RATSKOMPASS von LINKEN & PIRATEN in der Hand. Wir möchten Sie über Entscheidungen im Rat informieren, die viele Hannoveraner/innen betreffen - denn nicht alles davon dringt an die Öffentlichkeit, anderes nur verzerrt.

Wir berichten über unsere Initiative gegen den Einwegmüll auf Hannovers Straßen und Plätzen, vor allem verur-

sacht durch eilige Kaffeetrinker/innen. Ein Mehrwegpfandsystem soll helfen, mit dem andere Städte wie Göttingen schon gute Erfahrungen gemacht haben.

Der Streit um die Zukunft des Fössebads in Limmer spitzt sich zu. Die Stadt will nur das marode Hallenbad neu bauen lassen. Ein Freibad ist nicht geplant. LINKE & PIRATEN in Rat und Bezirksrat machen Druck, damit Linden wieder ein Freibad erhält und das alternative Veranstaltungszentrum Béi Chéz Heinz am jetzigen Standort bleiben kann.

In Sonntagsreden loben sich SPD, Grüne und FDP gern für ihre angeblich so tolle Bildungspolitik. Die Realität sieht anders aus. Obwohl der Stadtteil als sozialer Brennpunkt gilt, hat das Ampelbündnis die Sanierung der maroden Grundschule in Mühlenberg und die Erweiterung zur Ganztagschule auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Der Rat hat gegen Widerstand von Stadtelternrat und LINKEN & PIRATEN höhere Kindertagesstättengebühren

beschlossen, die am 1. August in Kraft getreten sind. Wir kritisieren diese Erhöhung als sozial ungerecht und fordern wie in Salzgitter die gebührenfreie Kita. Weitere Meldungen aus den Bezirksräten runden die Berichterstattung ab.

In der Mitte dieser Publikation informiert eine Beilage über unsere Politiker/innen in Rat und Bezirksräten. Bitte wenden Sie sich an unsere Mandatsträger/innen, wenn es Probleme gibt. Sagen Sie uns, was Ihnen auf den Nägeln brennt. Unsere Politik lebt von Ihren Hinweisen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr

Dirk Machentanz

Gruppenvorsitzender
LINKE & PIRATEN
im Rat der Landeshauptstadt

Votum für Erhalt von Sparkassenfilialen



Auf Antrag der Linksfraktion hat der Bezirksrat Mitte den Vorstand der Sparkasse einstimmig aufgefordert, auf die geplante Schließung der Filialen in

der Lister Meile und Calenberger Straße zu verzichten. Mindestens aber sollen die Filialen als SB-Filialen erhalten bleiben, bei denen die Kund(inn)en ihre Bankgeschäfte an Terminals erledigen können, auch wenn dann keine Beratung durch Personal mehr möglich ist. Die Geschäftsführung der Sparkasse verweist zur Begründung auf das Kund(inn)enverhalten. Immer mehr Menschen erledigten ihre Bankgeschäfte am Computer, heißt es. Das Nachsehen werden vor allem ältere Kund(inn)en haben, weil sie oft nicht viel mit dem Onlinebanking anfangen können. Für nicht wenige Senior(inn)en hat die



„Die Sparkasse darf sich nicht wie eine Privatbank verhalten, sondern muss bei ihrer Geschäftspolitik auch das Gemeinwohl im Auge haben.“

Sparkasse auch eine soziale Funktion. Darüber hinaus gibt es Menschen, die aus Sicherheitsgründen um das Onlinebanking einen Bogen machen. „Die Sparkasse darf sich nicht wie eine Privatbank verhalten, sondern muss bei ihrer Geschäftspolitik auch das Gemeinwohl im Auge haben“, sagt LINKEN-Bezirksratsherr Axel Hogh. „Angesichts üppiger Vorstandsgehälter sind die Sparpläne ein Unding.“

Axel Hogh (LINKE),
Bezirksratsherr Mitte

Mit Mehrwegbechern gegen den Einwegmüll



Aus Rinde gemacht: Der Hannoccino – über den Namen und die Gestaltung mag man streiten, die Idee aber ist sinnvoll.

In Hannover werden bisher pro Jahr rund 20 Millionen Einwegbecher weggewor-

fen. Verdrehte Straßen und Grünflächen sowie überquellende Abfallbehälter sind die Folge. Um der vor allem durch eilige Kaffeetrinker/innen verursachten Berge von Einwegmüll Herr zu werden, führen Stadt, Region und der Abfallentsorger aha einen Mehrwegbecher ein. Dafür wurde der Bechertyp Hannoccino entwickelt, der mit einem Pfand von zwei Euro belegt ist. Als Partner für die Aktion und damit Annahme- und Ausgabestellen für den Pfandbecher konnte man bisher Hannover 96, das Congress-Centrum und die Bäckerei gewinnen. Weitere Unternehmen sollen folgen, ihre Teilnahme an der Aktion ist freiwillig.

Der Anstoß dazu kam von Bruno Adam Wolf. Als Vertreter der Gruppe LINKE & PIRATEN im Rat und der Gruppe REGION in der Regionsversammlung beantragte er den Pfandbecher in den Umweltauschüssen von Rat und Regionsversammlung. „Die Anträge wurden zunächst etwas müde belächelt“, erinnert er sich. Schon bald aber fanden sich Mitstreiter/innen. Die Regionsverwaltung erhielt



schließlich vor der Sommerpause von den Politiker/innen den Auftrag, in Absprache mit der Stadt ein Mehrwegsystem für Mitnahmegetränke (Coffee to go) zu entwickeln und teilnehmende Firmen an Land zu ziehen. Im Gespräch waren vor allem kommunale Betriebe wie die üstra und das Klinikum der Region mit seinen elf Krankenhäusern in Stadt und Umland.

Die Pfandbecher werden mit wenig Energie und Wasser aus kompostierbarem Baumrindensaft hergestellt. Man kann den Hannoccino 70- bis 80-mal verwenden und in der Spülmaschine waschen. Werden die Recyclingbecher weggeworfen, verrot-

ten sie in kurzer Zeit ohne Rückstände. Bis auf den Plastikdeckel handelt

„Ich freue mich, dass unser Antrag umgesetzt wird.“

Bruno Adam Wolf
(PIRATEN),
Umwelt-
und Schulpolitiker
der Ratsgruppe

es sich um ein reines Naturprodukt, aber auch dafür soll es noch eine umweltfreundliche Lösung geben.

Andreas-Hermes-Platz: Preisgünstige Wohnungen statt Hotel bauen!



„In unserer Stadt fehlen vor allem preisgünstige Ein- und Zweizimmerwohnungen.“

Veli Yildirim (LINKE),
Sozialpolitiker der
Ratsgruppe

Die Stadt hat sich vorgenommen, den Andreas-Hermes-Platz hinter dem Hauptbahnhof mit einem Hotel zu bebauen, das bis zu 17 Stockwerke hoch ist. Die Gruppe LINKE & PIRATEN kritisiert das und

verlangt vor dem Hintergrund der angespannten Wohnraumsituation in Hannover, auf dem Platz ein mehrstöckiges Wohnhaus mit mindestens 25 bis 30 Prozent Sozialwohnungen zu errichten. „In unserer Stadt fehlen vor allem preisgünstige Ein- und Zweizimmerwohnungen“, erläutert Veli Yildirim, Sozialpolitiker der Ratsgruppe. Das Argument der anderen Parteien, eine Wohnbebauung scheide wegen Lärmproblemen aus, lässt die Ratsgruppe nicht gelten. „Dem Lärmproblem kann man mit Schallschutzmaßnahmen wie dem Einbau von schallschützenden Fenstern begegnen“, betont Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz. Das werde auch in Wohngebieten so gemacht, die an ein Gewerbegebiet grenzen. Ein von der Stadtverwaltung beauftragter Gutachter hat hohe Lärmwerte auf dem Platz gemessen – verursacht vor allem nachts von Konzerten im Raschplatz-Pavillon und von der Anliefer-

zone für das Veranstaltungszentrum.

Zwar wollen die Verantwortlichen im Rathaus bis zum Jahr 2020 etwa 1.200 neue Sozialwohnungen in der Landeshauptstadt bauen. Aber angesichts der nach wie vor auslaufenden Sozialbindungen wird sich so an dem viel zu geringen Anteil an preisgünstigen Mietwohnungen nichts ändern. Auch der Mangel an anderen Mietwohnungen wird bleiben. Nach Angaben von Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) fehlen bis zum Jahr 2025 rund 400.000 Wohnungen in der Bundesrepublik. Davon entfallen rund 24.000 Wohnungen auf Hannover. Um diesen Bedarf zu decken, müsste die Stadt jedes Jahr knapp 2.700 Mietwohnungen neu errichten lassen. Tatsächlich sind es nach Angaben von Stadtbaurat Uwe Bodemann aber nur maximal 1.500 Wohnungen im Jahr.

Vahrenheide: Fitnesspark voller Erfolg



Der von LINKEN-Bezirksratmitglied Heval Yilmaz beantragte Fitnesspark in Vahrenheide, der dieses Jahr in Betrieb gegangen ist, erfreut sich großer Belieb-

heit. Vor allem Jugendliche trainieren im „Street-Workout-Park“ an den Holzwiesen westlich des Märchensees. Aber auch Kinder, Erwachsene und Einwohner/innen aus anderen Stadtteilen machen von den Übungsgeräten regen Gebrauch. „Super, dass es in Vahrenheide jetzt so etwas gibt“, freut sich Yilmaz. „Ich habe nur positives Feedback erhalten.“ Vor allem Jugendliche interessierten sich immer mehr für ihre körperliche Fitness, können sich aber oft keine Mitgliedschaft in einem

Fitnessclub leisten, weiß er zu berichten. Er war deshalb vor vier Jahren von Jugendlichen auf einen Fitnesspark aufmerksam gemacht worden. „Die Jugendlichen haben so außerdem erfahren, dass man in der Politik etwas bewegen kann“, betont der linke Bezirksratsherr. Das wirke dem Vorurteil entgegen, man könne ja doch nichts tun. Nach den sehr positiven Erfahrungen in Vahrenheide will sich Yilmaz auch an anderen Standorten für einen Fitnesspark stark machen, etwa in Bothfeld.

Linden-Mitte / Bahnen überfüllt: üstra muss Haltestelle Schwarzer Bär häufiger anfahren!



Selbst vormittags in der Woche steigen an der Stadtbahnhaltestelle Schwarzer Bär viele Fahrgäste ein und aus.

Seit die Stadtbahnlinien 3 und 7 die Haltestelle Schwarzer Bär nur noch im Nachtsternverkehr bedienen, sind die Bahnen der Linie 9 vor allem abends und am Wochenende überfüllt, wenn sie Linden-Mitte ansteuern. Auch an der Haltestelle Schwarzer Bär herrscht dichtes Gedränge. Der Grund sind meist Events im Veranstaltungszentrum Capitol und im Tanz- und Konzertclub Lux. PIRATEN-Bezirksratsherr Thomas Ganskow will das ändern. Auf seine Initiative beschloss der Bezirksrat Linden-Limmer einstimmig, die Region als für den Öffent-



lichen Nahverkehr zuständige Behörde solle prüfen, inwieweit die Stadtbahnlinien 3 und 7 abends und am Wochenende die Haltestelle Schwarzer Bär wieder anfahren können. Wenn das nicht möglich ist,

„Wir brauchen einen dichteren Takt für die Haltestelle Schwarzer Bär.“

Thomas Ganskow
(PIRATEN),
Bezirksratsherr Linden-Limmer

soll die Region alternativ einen dichteren Takt für die Linie 17 prüfen. Letztere bedient bisher den Schwarzen Bären abends in der Woche gar nicht und am Wochenende nur eingeschränkt.

Linden-Limmer: Inga Schmalz neue stellvertretende Bezirksbürgermeisterin



Dirk Machentanz, Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN im Rat, gratuliert Inga Schmalz zu ihrer Wahl.

Inga Schmalz (LINKE) ist zur neuen stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin in Linden-Limmer gewählt worden. Sie setzte sich im zweiten Wahlgang gegen drei Mitbewerberinnen durch. Die Neuwahl war

notwendig geworden, nachdem die bisherige Stellvertreterin von Bezirksbürgermeister Rainer-Jörg Grube (Grüne), Ingrid Wadepohl (SPD), ihr Amt niedergelegt hatte. „Ich freue mich über meine Wahl und werde meine langjährige Erfahrung als Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bezirksrat nutzen, um eine nah am Menschen angepasste Politik in unserem Stadtteil zu verkörpern und zu vertreten“, sagt Inga Schmalz.

„Kita-Besuch muss für alle Eltern gebührenfrei sein“



„Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass Kitas in Hannover gebührenpflichtig sind, während andere Bildungseinrichtungen wie Schulen kostenfrei sind. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen!“

Andre Zingler (LINKE),
Jugendpolitischer Sprecher
der Ratsgruppe



Seit langem streitet die Linksfraktion für gebührenfreie Kindertagesstätten in Hannover, was auch der Kita-Stadtelternterrat fordert. Nicht nur deshalb lehnen LINKE & PIRATEN die vom Rat beschlossene Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung seit 1. August dieses Jahres ab. Der Stadtelternterrat hat dagegen eine Onlinepetition gestartet. Der Elternanteil an den Gebühren ist um bis zu 25 Prozent gestiegen. Das bedeutet eine Erhöhung um bis zu 61 Euro auf insgesamt

305 Euro monatlich für das erste Kind. Zwar sind rund 40 Prozent der Eltern von den Kitagebühren befreit. Aber der Höchstbeitrag wird schon für Familien mit einem mittleren Einkommen fällig. „Es ist sozial ungerecht, dass eine alleinstehende Sekretärin genauso viel bezahlen muss wie ein doppelt verdienendes Lehrerehepaar“, kritisiert Andre Zingler, jugendpolitischer Sprecher von LINKE & PIRATEN. Er verweist beispielgebend auf die Stadt Salzgitter, welche die Kitagebühren schon abgeschafft hat. „Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass Kitas in Hannover gebührenpflichtig sind, während andere Bildungseinrichtungen wie Schulen kostenfrei sind“, unterstreicht Zingler. „Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen!“ Er fordert die Landesregierung auf, den Kommunen das nötige Geld für gebührenfreie Kitas zu geben, zumal die SPD jetzt damit Wahlkampf mache.

Buchholz-Kleefeld: Mehrheit lehnt Antrag von LINKEN & PIRATEN auf Übertragung der Bezirksratssitzungen im Internet ab



„So könnten die Einwohnerinnen und Einwohner jederzeit und ungefiltert die Arbeit des Bezirksrats verfolgen und damit am politischen Meinungsbildungsprozess teilhaben.“

Christopher Carlson
(PIRATEN), Bezirksratsherr
Buchholz-Kleefeld

Karsten Plotzki (LINKE) und Christopher Carlson (PIRATEN) haben im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld beantragt, die öffentlichen Teile der Bezirksratssitzungen im Internet zu übertragen. Außerdem soll die Stadt auf ihrer Internetseite www.hannover.de ein Onlinearchiv einrichten, damit die Aufnahmen auch nach Ende der Bezirksratssitzungen im Internet abrufbar sind. „So könnten die Einwohnerinnen und Einwohner jederzeit und ungefiltert

die Arbeit des Bezirksrats verfolgen und damit am politischen Meinungsbildungsprozess teilhaben“, sagt Christopher Carlson. Mehr Transparenz und Bürger(innen) beteiligung werde ermöglicht. Davon würden vor allem die vielen Einwohner/innen profitieren, denen es aufgrund von beruflichen und anderen Verpflichtungen nicht möglich sei, an den Sitzungen des Bezirksrats teilzunehmen, betont er. „Streaming von Ratssitzungen ist in vielen Städ-



ten Deutschlands schon Normalität“, weiß Karsten Plotzki zu berichten, „etwa in Braunschweig und Wolfsburg.“ In der Autostadt verfolgten beispielsweise rund 1.150 Zuschauer/innen die Ratssitzung am 3. November vergangenen Jahres im Internet. Trotz dieser Argumente lehnten die anderen Parteien den Antrag von LINKEN und PIRATEN ab.

Misburg: LINKE & PIRATEN wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen und Naherholungsgebiet erhalten



Naherholungsgebiet
Steinbruchsfeld Ost.

zu bebauen. Auf der knapp acht Hektar großen Fläche sind 250 bis 400 Wohnungen in vorzugsweise zwei- und dreigeschossiger Bauweise geplant. Bisher stehen dort nur wenige Einzelhäuser. Für die Umsetzung der Pläne müssten ein kompletter Wald abgeholzt werden sowie zwei Teiche und zahlreiche Tierarten wie Fledermäuse weichen. Auch eine jahrzehntealte Kleingartenkolonie fielen den städtischen Plänen zum Opfer.

stützung erhalten sie bisher nur von der Gruppe LINKE & PIRATEN im Bezirksrat Misburg-Anderten um Hans-Herbert Ullrich und Jennifer Schnelle. Zugleich fordern die beiden die Einrichtung eines runden Tisches für die Dauer der Planungsphase, der den Planungsprozess für die Bürger transparent gestaltet und eine Mitwirkung der Betroffenen ermöglicht.

Auch der Vorsitzende der Ratsgruppe Dirk Machentanz hat mit Vertretern der Bürgerinitiative gesprochen. Der linke Baupolitiker wirbt dafür, weniger Fläche im Naherholungsgebiet zu bebauen, stattdessen die Zahl der Geschosse zu erhöhen und zugleich mindestens 30 Prozent als Sozialwohnungen auszuweisen. „So kann der notwendige und auch bezahlbare Wohnraum geschaffen werden und gleichzeitig der Kern des Naherholungsgebietes erhalten bleiben“, erklärt Ratsherr Machentanz.

Die Anwohner/innen laufen Sturm gegen das Vorhaben und haben eine Bürgerinitiative gegründet. Politische Unter-

Die Stadtverwaltung plant, das weitgehend naturbelassene Naherholungsgebiet Steinbruchsfeld Ost in Misburg-Nord



Weitere Informationen:

www.buergerinitiative-steinbruchsfeld.info

Badenstedt: Fahrradstraße soll für mehr Sicherheit sorgen



„Eine Fahrradstraße erhöht die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer“

Julia Grammel (LINKE),
Bezirksratsfrau
Ahlem-Badenstedt-
Davenstedt

Um die Sicherheit für Radler/innen zu erhöhen, hat der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt auf Antrag der LINKEN einstimmig beschlossen, in der Lenther Straße zwischen den Einmündungen Im Born und Rüdigerweg in Badenstedt eine Fahrradstraße einzurichten. Diese soll mit einem Zusatzschild gekennzeichnet sein, damit sie Autofahrer/innen nach wie vor nutzen dürfen. Im geplanten Abschnitt fahren Autofahrer/innen häufig schneller als das vorgeschriebene und auf der Fahrbahn markierte Tempo 30. Ist die Fahrbahn durch links und rechts am Rand parkende Autos verengt, sind besonders Radler/innen gefährdet, wenn sie Autos begegnen, die mit überhöhter Geschwindigkeit un-

terwegs sind. „Eine Fahrradstraße erhöht die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer“, betont LINKEN-Bezirksratsfrau Julia Grammel.

Auf ihre Initiative beschloss der Bezirksrat außerdem, die Unterkünfte für Wohnungslose und den dazugehörigen Spielplatz im Geveker Kamp in Davenstedt zu sanieren. „Gerade Kinder müssen dort bisher unter Bedingungen aufwachsen, die gesundheitsgefährdend sind und zur sozialen Isolation Heranwachsender beitragen“, sagt Grammel.

Ampelbündnis schiebt Grundschule Mühlenberg aufs Abstellgleis



Das Ampelbündnis in Hannover - in der Schulpolitik zwischen Konfusion und Arbeitssimulation.

Eigentlich sollte es mit der Sanierung und Erweiterung zur Ganztagschule bei der maroden Grundschule in Mühlenberg



aus SPD, Grünen und FDP im Verwaltungsausschuss des Rates gegen die

Stimme der Gruppe LINKE & PIRATEN beschlossen, die Grundschule erst zum „nächstmöglichen“ Zeitpunkt auszubauen. Somit beginnen die Planungen für das Vor-

ganz schnell gehen. Nun aber hat die Ampelmehrheit

„Der Aufschieb ist unverantwortlich, die Menschen in Mühlenberg werden

sich noch weiter abgehängt fühlen.“

Bruno Adam Wolf [PIRATEN] Umwelt- und Schulpolitiker der Ratsgruppe

haben nicht mehr „umgehend“, sondern erst im Jahr 2020. Damit kassierte die Ampelmehrheit zugleich den Beschluss des Schulausschusses, der sich einen „umgehenden“ Ausbau gewünscht hatte. Der Beschluss kam mit den Stimmen der Eltern-, Lehrer- und Schülervertretung zustande.

„Der Aufschieb ist unverantwortlich“, kritisiert der stellvertretende Gruppenvorsitzende Bruno Adam Wolf mit Blick auf die vielen sozialen Probleme in Mühlenberg. Der Stadtteil gilt als sozialer Brennpunkt. „Die Menschen in Mühlenberg werden sich noch weiter abgehängt fühlen“, befürchtet Wolf. Der Stadtteil sei mehr denn je auf eine Ganztagschule angewiesen, etwa um die schwierigen Lebensumstände und damit herkunftsbedingte Benachteiligungen vieler Kinder abzufedern.

Kronsberg: Riesiges Neubaugebiet soll kinder- und jugendgerecht sein



Die bisherige Planung des Kronsberg Süd sieht eine eigene Schwimmhalle nicht vor.

Die Stadt plant das aktuell größte Neubaugebiet Niedersachsens am Kronsberg. Angrenzend an die vorhandene Bebauung sollen in Richtung Süden rund 3.500 Wohnungen für 7.000 bis 8.000 Menschen entstehen.

LINKEN-Bezirksratsherr Maximilian Wahl fordert nicht nur, genügend Sozialwohnungen zu bauen, um dem Bedarf an preiswertem Wohnraum nachzukommen. Dem 20-Jährigen liegen besonders die Interessen von Kindern und Jugendlichen am Herzen.

So will der Bezirksratsherr Kinder und Jugendliche an der Planung und Umsetzung des Neubaugebiets beteiligt sehen, etwa bei der geplanten Grundschule.

Seiner Forderung kam die Stadtverwaltung aber ebenso wenig nach wie seiner Anregung, Quartiersplätze mit Hot Spots für den Internetzugang

auszustatten und so zugleich zu beleben.

Maximilian Wahl lässt sich trotzdem nicht entmutigen. Wünschenswert sei ein Schwimmbad im Stadtteil, sagt er. Das Spaßbad aquaLaatzium sei zwar in der Nähe, aber die hohen Eintrittspreise

„Als ich Schüler an der IGS Kronsberg war, mussten wir ins Stadionbad. Wegen der An- und Abfahrtszeit blieb für den Schwimmunterricht nur eine halbe Stunde übrig.“

Maximilian Wahl (LINKE), Bezirksratsherr Kirchrode-Bemerode-Wülfelrode

seien für Viele unerschwinglich, gibt er zu bedenken. Schüler/innen müssten für den Schwimmunterricht bisher weit fahren, sodass viel Zeit für den Unterricht verloren gehe, nennt er ein weiteres Argument für ein Schwimmbad im kinderreichsten Stadtbezirk Hannovers. „Als ich Schüler an der IGS Kronsberg war, mussten wir ins Stadionbad“, erinnert sich Wahl. „Wegen der An- und Abfahrtszeit blieb für den Schwimmunterricht nur eine halbe Stunde übrig.“



Streit um Fössebad spitzt sich zu: Bezirksrat besteht auf Neubau des Freibads



Das momentan brach liegende Freibadareal des Fössebades wird schon bald Geschichte sein.

Auf Initiative der Vertreter/innen von LINKEN, PIRATEN, GRÜNEN und der PARTEI hat der Bezirksrat Linden-Limmer mit großer Mehrheit beschlossen, das Fössebad mit einem Freibad ohne einen privaten Investor neu zu bauen. Auch Sprungtürme mit einer Höhe von drei und einem Meter sowie eine Sauna wünscht sich das Gremium. Das bisherige Fössebadpersonal solle im neuen Bad bevorzugt von der Stadt übernommen werden und das alternative Veranstaltungszentrum Béi Chéz Heinz am jetzigen Standort erhalten bleiben, fordert der Bezirksrat weiter. Die Ratsgruppe LINKE & PIRATEN macht sich für diese Forderungen stark. „Besonders wichtig ist für uns der Neubau des Freibads“, betont Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz mit Blick auf den Willen der



Dirk Machentanz (LINKE), Vorsitzender und Baupolitiker der Ratsgruppe

„Besonders wichtig ist für uns der Neubau des Freibads.“

Bürger(innen) in Linden-Limmer und Ahlem. „Planung und Umsetzung des Neubaus müssen mit intensiver Bürgerbeteiligung erfolgen.“

Die Stadt will dagegen nur ein wettbewerbsfähiges 50-Meter-Hallenbad bauen. Ein Freibad ist nicht geplant. Der Bau soll zudem als Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) mit einem privaten Investor erfolgen. Danach be-

zahlt eine Privatfirma den Bau des Bades und vermietet es danach an die Stadt. Nach vielen Jahren geht das Bad schließlich ins Eigentum der Stadt über. Da Privatfirmen eine Rendite erzielen wollen und bei den Banken höhere Zinsen für Kredite zahlen müssen, kommen ÖPP-Projekte die Steuerzahler/innen teuer zu stehen. Das kritisieren auch der Steuerzahlerbund und der Bezirksrat. Die Stadtteilpolitiker/innen bevorzugen stattdessen auf Anregung von LINKEN & PIRATEN im Rat eine Öff-

fentlich-Öffentliche Partnerschaft, bei der ein öffentliches Unternehmen, etwa der Stadt oder des Landes, baut. „Das bietet die Chance, Planung und Bau bestmöglich zu steuern und seriös zu finanzieren“, unterstreicht Dirk Machentanz.

Misburg: Badprivatisierung endet als finanzielles Desaster

Die Ratsgruppe kritisiert die ÖPP-Pläne im Rathaus auch vor dem Hintergrund



der gescheiterten Sanierung des Misburger Bades durch einen privaten Betreiber. Das Hallenbad ist wegen Einsturzgefahr geschlossen. Die Firma S.A.B. hatte das Bad vor Jahren von der Stadt übernommen und wollte es sanieren. Das Geld dafür, insgesamt 11,3 Millionen Euro, kam von der Stadt, die dafür einen Kredit aufnehmen musste. Diese Privatisierung hatte damals nur die Linksfraktion kritisiert

„Das zeigt beispielhaft, welche Risiken eine ÖPP-Finanzierung für den Badbetrieb und die Stadtkasse haben kann. Derartige Verträge, die zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger abgeschlossen werden, lehnen wir vehement ab.“

Brigitte Falke (LINKE), Finanz- und Wirtschaftspolitikerin der Ratsgruppe

und gefordert, dass die Stadt das Bad betreibt und saniert. Anstatt das Bad instand zu setzen und zu modernisieren, wurde es von der Privatfirma „kaputtgebaut“. Immer wieder gab es Nachbesserungen. Statiker/innen stießen schließlich bei einer Überprüfung vor zwei Jahren auf beschädigte Deckenbalken und trauten ihren Augen nicht: Die tragenden Konstruktionen hatten große Löcher. Bei einer weiteren Überprüfung stießen die Expert(inn)en auf weitere Schäden, etwa Feuchtigkeit in der Decke und eine mangelnde Abdichtung des Fußbodens. „Das zeigt beispielhaft, welche Risiken eine ÖPP-Finanzierung für den Badbetrieb und die Stadtkasse haben kann“, sagt Brigitte Falke, Finanz- und Wirtschaftspolitikerin von LINKEN & PIRATEN. „Derartige Verträge, die zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger abgeschlossen werden, lehnen wir vehement ab.“

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Gruppe DIE LINKE & PIRATEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Schmiedestraße 39, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 326 00, Fax: /-326 08
Email: linke.piraten@hannover-rat.de

Redaktion:

Michael Fleischmann
V.i.S.d.P.: Dirk Machentanz